

Hilfe für Sportvereine wird zur Hängepartie

Von Patric Cordier

SAARBRÜCKEN | „Wir haben unsere Arbeit getan“, sagt Adrian Zöhler, Präsident des Landessportverbandes für das Saarland (LSVS). Der Dachverband hatte seine Mitgliedsverbände und -vereine aufgefordert, in einer Abfrage die Schäden anzugeben, die durch die Maßnahmen zur Abwehr der Corona-Pandemie entstanden sind. Bis Anfang Mai waren über 450 Anträge eingegangen mit einem Gesamtschadensvolumen von rund 20 Millionen Euro (wir berichteten). „Die Unterlagen liegen nun beim Innen- und Sportministerium zur Prüfung“, sagt Zöhler.

In anderen Bundesländern wie Hessen, Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen wurde betroffenen Clubs bereits geholfen. Im Saarland scheint es noch etwas zu dauern. Zwar hat die Landesregierung am 8. Juni auf ihrer Klausurtagung die Eckpunkte für den Nachtragshaushalt 2020 beschlossen. Zu Beginn der dazu veröffentlichten Pressemitteilung hieß es: „Die im Nachtrag vorgesehenen Maßnahmen lassen sich vier Schwerpunktbereichen zuordnen: Gesundheitsschutz und -vorsorge, Rettungsschirme für betroffene Personen, Unternehmen sowie Vereine, kommunaler Rettungsschirm und innovative Wege aus der Krise.“ Doch im weiteren Verlauf fand sich dann nicht ein einziges Wort mehr über die Hilfsmaßnahmen für die Vereine – und ihre immer so hoch gelobten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die fühlen sich zum Teil im Stich gelassen. „Wenn das so weitergeht, werden viele Ehrenamtler aufhören“, sagt etwa Hilmar Rehlinger, seit über 23 Jahren aktiv im Vorstand des Ringer-Bundesligisten KSV Köllerbach. „Unternehmen stehen teilweise kurz vor der Insolvenz oder haben Mitarbeiter in Kurzarbeit. Da wird die Vereinsförderung schwierig“, spricht Rehlinger die Problematik in Sachen Sponsoring an: „Und die Politik taucht weg.“

Eine Anfrage der SZ zum Rettungsschirm, gerichtet an die Pressestelle von Sportminister Klaus Bouillon, wurde am Dienstag an die Staatskanzlei verwiesen. Diese antwortete am Mittwoch. „Die Landesregierung hat großes Verständnis für die Situation der Vereine und hat aus diesem Grund auch die ‚Vereinshilfe Saarland‘ ins Leben gerufen. Nach der Vorstellung des Programms soll zeitnah die Antragstellung und Auszahlung an die Vereine beginnen“, erklärt Regierungssprecher Alexander Zeyer. Diese „Vereinshilfe Saarland“ soll nicht nur die Sportvereine, sondern alle gemeinnützig anerkannten Vereine im Land erreichen. „Die Landesregierung hat dazu auf ihrer Klausurtagung vergangene Woche rund zehn Millionen Euro im Nachtragshaushalt in Aussicht gestellt“, sagt Zeyer. Nach SZ-Informationen entfallen davon vier Millionen Euro auf den Sport. Damit wäre also nur ein Fünftel der angemeldeten Schäden abgedeckt.

Auf die Fragen, warum es so lange dauert, den Rettungsschirm aufzuspannen, und wann mit einer Auszahlung zu rechnen sei, gab es aus der Staatskanzlei nur bedingt konkrete Antworten. „Um einen reibungslosen und vor allem rechtssicheren Ablauf im Verfahren sicherzustellen, mussten einige Details intensiv im Vorfeld beraten und geprüft werden“, sagt Zeyer: „Das Hilfsprogramm soll in einer der kommenden Ministerratssitzungen behandelt werden. Im Anschluss wird die Landesregierung das Programm der Öffentlichkeit vorstellen.“ Genauer Termin? Fehlanzeige.

Auch über die Verteilungskriterien gibt es noch keine Aussagen. „Diese Details werden wir nach Behandlung im Ministerrat vorstellen“, sagt Zeyer. Dass es innerhalb der großen Koalition genau um diese Kriterien Streit gegeben haben soll, wollte Zeyer nicht bestätigen.

Auch in einigen Städte- und Gemeinderäten wurde über die Möglichkeiten der Unterstützung der ortsansässigen Vereine diskutiert. Dies wären sogenannte „freiwillige Leistungen“ der Kommunen, die im jeweiligen Haushalt gegenfinanziert werden müssen. Ansonsten werden Haushalte von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt. Der Saarländische Städte- und Gemeindetag suchte Rechtssicherheit und bekam vom Innenministerium (Abteilung C) am 14. Mai eine Antwort, die der Saarbrücker Zeitung vorliegt. Darin steht: „Aufgabe der Gemeinden ist es nicht, die Existenz bestimmter Vereine oder Einrichtungen zu sichern (...) Diese Organisationen sind für ihre Existenz selbst verantwortlich.“ Heißt das übersetzt: Das Ministerium rät den Kommunen von Hilfen für ihre Vereine ab, weil die sich negativ auf die Bewertung des Haushaltes auswirken können?

„Das ist aus dem Sachzusammenhang gerissen, jedoch im Grundsatz und normalen Zeiten richtig“, sagt Innenminister Klaus Bouillon: „Aber in dieser Pandemielage ist natürlich unsere Aufgabe, die Existenz unserer Vereine zu unterstützen.“ Der Sportminister macht deutlich: „Außergewöhnliche Zeiten brauchen außerordentliche Hilfe. Sonderprogramme der Kommunen sind gewünscht, solange sie sich im Rahmen der Leistungsfähigkeit bewegen. Das wird auch die Kommunalaufsicht so werten.“ Der große Rettungsschirm für Vereine und Ehrenamt läge beim Landesrechnungshof zur Prüfung. „Andere Länder haben in viel kleinerem Umfang ausgezahlt“, sagt Bouillon: „Auch das Volumen ist einer der Gründe, warum es länger gedauert hat, als ich es mir gewünscht habe.“

SZ vom 19.Juni 2020